

Der politische Handlungsdruck ist enorm gestiegen

Der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) beim Bundeslandwirtschaftsministerium, Prof. Dr. Achim Spiller, über die Rolle der Wissenschaft in der Agrardebatte, die Transformation der Landwirtschaft und deren Finanzierung sowie die Notwendigkeit, Agrar- und Ernährungspolitik stärker zu verknüpfen

Herr Professor Spiller, wie verstehen Sie Ihr Amt des Beiratsvorsitzenden – als das des Chefberaters oder eher des Chefkritikers?

Selbstverständlich ist der Wissenschaftliche Beirat ein Beratungsgremium und keine politische Instanz mit der Lizenz zum Notenvergeben. Wichtig dabei: Der Beirat berät interessenunabhängig. Das unterscheidet uns von den meisten anderen Gremien im Agrar- und Ernährungsbereich, und zwar nicht nur national, sondern europaweit.

Werden Sie dem Beispiel Ihrer Vorgänger folgen und sich aktiv in die politische Debatte einschalten?

Corona hat noch einmal gezeigt, dass Wissenschaft wichtige Aufgaben in der Gesellschaft hat, nämlich informieren, aufklären und die Konsequenzen von Entscheidungen aufzeigen. Es geht nicht darum, Politik zu ersetzen. Sehr wohl kann Wissenschaft aber Grundlagen für eine zielgerichtete politische Debatte liefern und der Gesellschaft Orientierung geben. Das gilt auch für die Agrar- und Ernährungspolitik. Insofern würde ich gern an meine Vorgänger anknüpfen und mich aktiv einbringen.

Wie schätzen Sie die Gefahr ein, dass Sie in der Diskussion politisch instrumentalisiert werden?

Diese Gefahr besteht. Wir nehmen sie ernst und müssen das vermeiden. Ich denke, das ist uns bisher auch gelungen. Nehmen wir das Tierhaltungsgutachten des Beirats von 2015, das einige Nichtregierungsorganisationen sehr gern aufgegriffen haben. Weniger angetan waren sie von unserer Aussage, die wir auch öffentlich sehr deutlich vertreten haben, dass nämlich kleine Betriebe per se nicht tier- und umweltfreundlicher sind als große. Ein anderes Beispiel ist unser Ernährungsgutachten vom letzten Jahr. Darin stellen wir fest, dass der Ökolandbau nicht die einzige und zentrale Lösung für die Umwelt- und Nachhaltigkeitsprobleme der Landwirtschaft ist. Das hat ebenso für Kritik gesorgt wie unsere Warnung, das Potenzial der neuen Züchtungstechnologien nicht zu verschenken.

Warum ist die Auseinandersetzung im Agrarbereich besonders polarisiert?

Eine Ursache könnte sein, dass der Agrardiskurs sehr auf den Sektor fokussiert ist. Hinzu kommt eine starke Emotionalisierung, wenn es um Lebensmittel, Gesund-

heit oder Tierhaltung geht. Die extreme Polarisierung findet aktuell ihren Ausdruck in den Bauernprotesten.

Wie sollten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit dieser Polarisierung umgehen?

Zum einen sollten wir in der Sache klar Position beziehen. Zum anderen tun wir gut daran, mit allen Beteiligten im Dialog zu bleiben und aktiv das Gespräch zu suchen. Wir müssen uns der Diskussion auch mit denen stellen, die unsere Erkenntnisse kritisch sehen.

Was schlagen Sie vor, um zumindest von der starken Polarisierung wegzukommen?

Wir brauchen unterschiedliche Ebenen des Austauschs, von der Einrichtung einer Enquetekommission des Bundestages, wie wir im Tierhaltungsgutachten vorgeschlagen haben, bis hin zu Zukunftswerkstätten vor Ort. Nur indem wir immer wieder den Austausch von Argumenten suchen, können wir der Polarisierung etwas entgegenzusetzen, wie wir sie nicht zuletzt in den Echokammern der sozialen Medien beobachten.

Früher hat es im Schnitt 20 Jahre gedauert, bis Beiratsempfehlungen den Weg in die Agrarpolitik geschafft haben, wenn überhaupt. Inzwischen geht das wesentlich schneller. Warum ist das so?

Der politische Handlungsdruck ist enorm gestiegen. Der gesellschaftliche Wandel kommt zum Tragen. Viele Probleme dulden nach Auffassung großer Teile der Bevölkerung keinen Aufschub, sondern erfordern raschere Entscheidungen als nach 20 Jahren. Beispiele dafür sind Klimaschutz und Tierwohl.

Sie waren maßgeblich am Tierhaltungsgutachten von 2015 beteiligt, das bereits vier Jahre später seinen Niederschlag in der Bildung der Borchert-Kommission gefunden hat. Waren Sie überrascht?

Ein wenig schon, wenn man bedenkt, dass die ersten Reaktionen auf das Gutachten zum Teil sehr kritisch waren, dieselben Kritiker sich jedoch wenige Jahre später auf ein Konzept verständigt haben, das hinsichtlich des Zielbilds eins zu eins dem entspricht, was der Beirat ausgearbeitet hatte. Maßgeblich dafür sind meines Erachtens der Problemdruck in der Nutztierhaltung, die gestiegenen

gesellschaftlichen Erwartungen und die große Verunsicherung der Landwirt*innen. Alles zusammen hat dazu geführt, dass ein von nahezu allen gesellschaftlichen Gruppen getragener Kompromiss erreicht wurde.

Die Empfehlungen sind fast genau ein Jahr alt. Sind Sie zufrieden mit dem, was seither passiert ist?

Ich denke, alle Beteiligten der Kommission hätten sich eine schnellere Machbarkeitsprüfung gewünscht. Eine rechtliche Prüfung der Vorschläge ist notwendig. Angesichts der Geschwindigkeit der gesellschaftlichen Debatte in diesem Bereich bis hin zu den technischen Entwicklungen bei den Fleisch- und Milchalternativen wären eine frühere Auftragsvergabe und etwas mehr Tempo hilfreich gewesen. Es bleibt aber zu hoffen, dass die Politik noch in dieser Legislaturperiode weitere Pflöcke einrammt.

Dazu zählt die Finanzierung. Die Borchert-Kommission spricht sich eindeutig für eine Verbrauchssteuer-Lösung aus. In der Politik scheint das keine Begeisterung auszulösen, insbesondere in diesem Wahljahr. Kommt die Tierwohlabgabe?

Verlässliche Kompensationszahlungen für Tierhalter*innen über die nächsten 20 Jahre sind ein fester Bestandteil des Konzepts. Die Mittel dafür kann man theoretisch aus dem Bundeshaushalt aufbringen, wenn der politische Wille dazu besteht. Eine Verbrauchssteuer hätte demgegenüber aber den Vorteil, dass mit der Erhöhung des Fleischpreises eine Signalwirkung verbunden wäre, dass etwas weniger Fleischkonsum sinnvoll ist. Das ist ohne Zweifel der bessere Weg als eine Finanzierung aus allgemeinen Steuermitteln, da die Kund*innen dann die externen Kosten sehen.

Welche Bedeutung messen Sie der Finanzierungsfrage bei?

Die Erkenntnis, dass eine Umschichtung von EU-Agrarzahlingen für eine Transformation hin zu einer nachhaltigen Tierhaltung nicht ausreicht, sondern neue Finanzierungsquellen erschlossen werden müssen, ist für mich ein zentrales Ergebnis der Arbeit der Borchert-Kommission. Wir müssen die Frage beantworten, wie wir national die Landwirtschaft nachhaltiger gestalten und trotzdem faire Wettbewerbsbedingungen für die Produzierenden sichern können. Frühere Studien für die 2000er Jahre haben gezeigt, dass die Kosten für Natur-, Umwelt- und Tierschutz damals innerhalb der EU kaum wettbewerbsrelevant waren. Inzwischen stimmt das nicht mehr. Ein Umbau der Kastenstände in der Sauenhaltung ist sehr wohl wettbewerbsrelevant für die hiesigen Ferkelerzeuger*innen. Wenn wir also in Deutschland beim Tierschutz vorangehen wollen, müssen wir die Landwirtschaft finanziell mitnehmen. Das hat die Borchert-Kommission für die Tierhaltung klar herausgearbeitet und

das gilt auch für andere gesellschaftliche Leistungen, etwa beim Biodiversitätsschutz. Ohne zusätzliche Finanzierung wird es nicht gelingen, die Landwirtschaft auf ein neues Nachhaltigkeitsniveau zu heben. Auch die in Zukunft hoffentlich schrittweise umgewidmeten Direktzahlungen werden dafür nicht ausreichen.

Was können andere Gremien wie die Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL), der Sie ja auch angehören, aus der Arbeit der Borchert-Kommission lernen?

Der Kommissionsvorsitzende Jochen Borchert hat extrem hartnäckig in die Politik hinein kommuniziert. Schon während der Erarbeitung der Empfehlungen, vor allem aber nach der Veröffentlichung im Februar 2020 hat er permanent das Gespräch mit den politischen Parteien und Interessengruppen gesucht, hat immer wieder und mit großem Geschick die Vorschläge und Hintergründe erklärt. Das war sicherlich ein wesentlicher Erfolgsfaktor der Kommission. Jochen Borchert hat breites Vertrauen in die Ernsthaftigkeit des Konzeptes aufgebaut.

An die Zukunftskommission Landwirtschaft werden hohe Erwartungen gestellt. Zu hohe?

Mein Eindruck aus den Arbeitsgruppen ist positiv. Ein größerer Teil der Mitglieder der Zukunftskommission ist bereit, neue Positionen zu erarbeiten und Kompromisse zu schließen. Ich hoffe sehr, dass sich diese Bereitschaft in der Breite durchsetzen wird.

Ein Teil der Landwirtinnen und Landwirte zeigt nicht die Veränderungsbereitschaft, die auch Sie einfordern. Die Bauernproteste bringen das zum Ausdruck. Welche Ursachen sehen Sie für die Proteste?

Zunächst ist festzuhalten, dass die Demonstrationen viele Ursachen haben. Ich nenne eine allgemeine Preisunzufriedenheit im Sektor, die Wahrnehmung, dass Landwirtschaft zunehmend weniger akzeptiert wird, die Geschwindigkeit des Wandels auch im ländlichen Raum sowie Auseinandersetzungen über aktuelle tier- und umweltpolitische Fragestellungen. Das ist derzeit eine diffuse Gemengelage. Wir brauchen dringend einen Ruck nach vorne.

Sind übergreifende Kommissionen und Runde Tische eine Reaktion darauf, dass die Politik es nicht mehr schafft, gesellschaftlich tragfähige Lösungen zustande zu bringen?

Diese Runden Tische sind kein Ausdruck von Politikversagen. Sie sind meines Erachtens wesentliche Instrumente, den Sektor und die gesellschaftlichen Interessengruppen auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit mitzunehmen und dabei innovative Lösungen zu erarbeiten. Es



Foto: Sven Pflörner

Prof. Dr. Achim Spiller ist seit 2000 Professor für „Marketing für Lebensmittel und Agrarprodukte“ am Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung der Georg-August-Universität Göttingen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Konsumentenverhalten, Nachhaltigkeitsmanagement, Animal Welfare und Supply Chain Management im Agribusiness. Spiller hat mehr als 150 Beiträge für begutachtete wissenschaftliche Fachzeitschriften und zahlreiche Bücher und Praxispublikationen verfasst. Seit Dezember 2020 ist er Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats „Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz“ des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Spiller gehört der sog. Borchert-Kommission ebenso an wie der vom Bundeskabinett eingerichteten Zukunftskommission Landwirtschaft.

geht darum, Synergien zu stärken und nicht die Zielkonflikte hervorzuheben.

Sie erwähnten bereits, dass der Wissenschaftliche Beirat seine Ernährungskompetenz gestärkt hat. Ist die Agrarpolitik bisher zu sehr auf die Erzeugung fokussiert?

Ja! Das ist aber keine deutsche Besonderheit, sondern es ist Teil einer weltweiten Entwicklung, zukünftig Agrar- und Ernährungspolitik stärker zusammen zu denken. Wir haben in unserem Gutachten „Nachhaltigere Ernährung“ vier zentrale Ziele genannt: Umweltschutz, gesunde Ernährung, soziale Aspekte und Tierschutz. Diese setzen bei den Präferenzen der Gesellschaft, der Bürger*innen und Verbraucher*innen an und die gilt es im gesamten Ernährungssystem umzusetzen.

Was ist die Kernbotschaft des Ernährungsgutachtens?

Ernährungspolitik muss ausgebaut werden. Diese zentrale Aussage ist angekommen. Wir müssen uns nachhaltiger ernähren. Dafür muss man die Ernährungspolitik als Themenfeld etablieren.

Geht damit die Gefahr einher, dass Landwirte und Landwirtinnen aus dem Blickfeld der Politik geraten?

Der Beruf Landwirt/Landwirtin ist in hohem Maße sinnstiftend. Der Sinn besteht im Kern nicht nur darin, eine Gesellschaft satt zu machen, sondern sie gesund und nachhaltig zu ernähren. Das wird in der Landwirtschaft immer deutlicher und ist den meisten Landwirt*innen auch klar. Insofern sehe ich da keinen Widerspruch, wenn man versucht, Erzeugung und Ernährung zusammenzubringen. Slogans wie „wir machen euch satt“ drücken die Breite der neuen Herausforderungen noch nicht aus.

Sie haben bereits in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass Ernährungsthemen zwar in der Öffentlich-

keit sehr präsent sind, in der politischen Debatte aber nach wie vor eine untergeordnete Rolle spielen. Wie kommt das?

In Deutschland herrscht die Einstellung vor, dass Ernährung in die Verantwortung des Einzelnen und der Familien gehört und der Staat sich herauszuhalten habe. Das bringt auch die Parteien dazu, Ernährungspolitik nicht allzu wichtig zu nehmen. Die Wählerwirksamkeit des Themas wird massiv unterschätzt.

Wie nehmen Sie die Arbeit der Agrarsozialen Gesellschaft wahr?

Die traditionelle ASG-Herbsttagung in Göttingen findet ebenso unsere Aufmerksamkeit an der Universität wie viele der Veröffentlichungen.

Welchen Rat haben Sie für die Arbeit der ASG?

Sie sollte ihre Kernkompetenz nutzen und soziale Themen der Landwirtschaft und der ländlichen Räume hinreichend berücksichtigen. Ich nehme aus den Gesprächen mit meinen Studierenden auf, dass soziale Themen wie Wertschätzung und Akzeptanz, aber auch regionale Wertschöpfung wieder an Bedeutung gewinnen. Die ASG sollte weiterhin versuchen, neben klassischen Tagungen die Breite der gesellschaftlichen Kommunikationsmedien zu nutzen.

Sehen Sie Anknüpfungspunkte für die Zusammenarbeit der Uni Göttingen mit der ASG?

Ja. Ich würde es begrüßen, wenn wir den Kontakt ausbauen. Mit Claudia Neu verfügt die Agrarfakultät wieder über eine ausgewiesene Agrarsoziologin mit Schwerpunkt auf die Entwicklung ländlicher Räume. Ich könnte mir vorstellen, dass sich aus ihren Themen Möglichkeiten für eine verstärkte Zusammenarbeit ergeben.

■ Rainer Münch

Neues von der agrarpolitischen Bühne:

Zeit, dass sich was dreht

Über wiederkehrende Streitigkeiten ums Geld, die schwierige Kompromissuche in Wahlkampfzeiten und einen historisch anmutenden politischen Schulterschluss

Corona hat Land und Leute weiter fest im Griff, die Grüne Woche fällt aus und Angela Merkel ist demnächst nicht mehr Bundeskanzlerin. Angesichts schwindender Gewissheiten suchen die Menschen in diesen fordernden und aufgewühlten Zeiten nach Anker, die die Turbulenzen überdauern und imstande sind, ihnen Halt und Orientierung zu geben. Gott sei Dank gibt es diese Konstanten noch: Bayern München grüßt von oben, Till Backhaus ist weiter Landwirtschaftsminister in Mecklenburg-Vorpommern und die Bundesländer streiten ums (Agrar-) Geld.

Es war im August 2013. Die Agrarministerkonferenz der Länder hatte sich in stundenlangen Verhandlungen nicht auf einheitliche Positionen zur nationalen Umsetzung der soeben in Brüssel reformierten Gemeinsamen Agrarpolitik verständigen können. Die damalige Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner zeigte sich enttäuscht und verwies auf den Zeitdruck, die schwarzen und grünen Ressortchefs warfen sich wechselseitig Blockadehaltung, mangelnden Reformwillen und Wahlkampfgetöse vor und Till Backhaus warnte davor, den Osten zu überfordern.

Im Februar 2021 stellte Baden-Württembergs langgedienter CDU-Landwirtschaftsminister Peter Hauk zu nächtlicher Stunde fest, so was habe er noch nicht erlebt: In den elf Stunden der eigens angesetzten Sonderagrarministerkonferenz hätten die Grünen jegliche Verhandlungsbereitschaft vermissen lassen. Brandenburgs grüner Res-

sortchef Axel Vogel unterstellte Hauk und seinen Unionskolleginnen daraufhin Wahlkampfmotive und fehlende Reformbereitschaft. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner äußerte sich angesichts der mangelnden Kompromissbereitschaft der Länderressortchefs enttäuscht und verwies auf den enormen Zeitdruck bei der nationalen Umsetzung der neuen EU-Agrarpolitik. Till Backhaus pries die Vorzüge der Agrarstruktur „im schönsten Bundesland“, verwahrte sich entschieden dagegen, den Osten zum Verlierer einer Einigung werden zu lassen und kritisierte fehlende Kompromissbereitschaft der Grünen.

Offenbar hatte der gegenwärtige Vorsitzende der Agrarministerkonferenz, Sachsens Landwirtschaftsminister Wolfram Günther, kommen sehen, dass sich Geschichte wiederholen kann. Dies ist erstaunlich, war er doch anno 2013 weder dabei, noch dürfte er damals auch nur geahnt haben, dereinst das Agrarministerium in dem seit Wendezeiten CDU-dominierten Freistaat zu übernehmen. Ob nun hellseherische Fähigkeiten oder Einsichten in die Gesetzmäßigkeiten der föderalen agrarpolitische Entscheidungsfindung, noch vor der regulären Frühjahrssitzung der AMK hatte der Grünen-Politiker eine Sonderkonferenz einberufen. Geredet werden sollte schon mal über dies und das sowie einen Fahrplan, wann man über was entscheiden und wer dabei mitreden dürfen sollte. Schließlich müsse erst klar sein, was beim Brüsseler Trilog im Einzelnen hinten rauskomme. Von Interesse sei nicht

zuletzt, wer die Gewinner und Verlierer dieses oder jenes Beschlusses sein würden, lautete die Begründung des Sachsen-Grünen. Keinesfalls, so seine eindringliche Mahnung im Vorfeld, dürfe der Osten einseitig die Zeche einer GAP-Einigung zahlen.

Festlegungen zu Lasten der eigenen Betriebe könne man keinesfalls akzeptieren, machte denn auch Brandenburgs Vogel im Anschluss an das weitgehend erfolglose virtuelle Sondertreffen deutlich. Beispielsweise belaste eine von den vier (westdeutschen) Unionsministern geforderte noch stärkere Förderung kleiner und mittlerer Betriebe über eine weitere Umverteilung des Geldes auf die ersten Hektare die ostdeutschen Großbetriebe überproportional. Und dies womöglich mehr noch als Kappung und Degression, die sich im Osten traditionell ähnlicher Beliebtheit erfreuen wie „BVVG“ und „Zahnfäule“. Vogels Argumentation dürfte wiederum viele beruhigen, denen der scheinbar unaufhaltsame Aufstieg der Grünen in ost- und westdeutsche Regierungsverantwortung sowie künftig womöglich im Bund tiefe Sorgenfalten in den Gesichtern beschert: Er könne nicht mit einem Ergebnis nach Hause kommen, das seinem Land und den dortigen Betrieben erhebliche Mindereinnahmen beschere, sagte der Minister. Immerhin lässt sich zur Beruhigung besorgter Gemüter festhalten: Auch für Grüne in Regierungsämtern gilt: Erst das Land, dann die Partei und wenn noch Geld da ist, die Agrarwende.

Anders als ihre Vor-Vorgängerin Aigner wollte Bundesministerin Klöckner diesmal nicht abwarten, bis sich die halsstarrigen Länder zusammengerauft haben. Den Grünen ist wenig gelegen an einer zügigen Verständigung, verlangt diese von ihnen angesichts der Kluft zwischen den Verfechtern einer ökologisch-kleinbäuerlichen Idylle im Westen und den Verteidigern bestehender Großstrukturen im Osten doch mindestens erhebliche Klimmzüge, womöglich gar mit einem vorangehenden parteiinternen Hauen und Stechen auf offener grüner Bühne. Im Superwahljahr keine attraktiven Aussichten für die einen, aber eine willkommene Perspektive für die anderen. Vielleicht ist das eine Ursache für die Ungeduld, die die Bundeslandwirtschaftsministerin veranlasst haben könnte, Anfang März zwar ohne Votum der Agrarministerkonferenz und trotz ausstehender Zustimmung der SPD-Ressorts im Bund, aber rechtzeitig vor den ersten beiden Landtagswahlen des Jahres in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit richtungsweisender Bedeutung ihre Eckpunkte zur Umsetzung der GAP-Reform vorzustellen.

Die Botschaft dieser Eckpunkte ist deutlich: Die Förderung kleiner und mittlerer Betriebe soll ausgebaut, die von Brüssel geforderte stärkere ökologische Ausrichtung der GAP behutsam vorgenommen werden. Nach den Berliner Ministeriumsplanen sollen sowohl die Umverteilung innerhalb der 1. Säule zugunsten der ersten Hektare spürbar erhöht als auch erstmals die Zahlungen in Abhängigkeit von der Betriebsgröße degressiv gestaltet werden. Oberhalb von 60 000 € sieht der Vorschlag vor, die Basisprämie um 5 %, ab 100 000 € um 10 % zu kürzen. Während die dabei freiwerdenden Mittel in den jeweiligen Ländern verbleiben und dort für Förder-

programme (in den neuen Ländern) eingesetzt werden, profitieren die klein- und mittelbäuerlich strukturierten West-Länder von den Zuschlägen für die ersten 60 ha je Betrieb. Rund 40 Mio. € sollen auf diese Weise dem Osten verloren gehen und im (Süd-)Westen den Betrieben zusätzlich zur Verfügung stehen.

Brandenburgs Vogel äußerte sein Unverständnis, nannte die Kürzungspläne nicht akzeptabel und erteilte ebenso wie Mecklenburg-Vorpommerns Backhaus einer Benachteiligung der ostdeutschen Landwirtschaft eine Absage, kritisierte aber zugleich eine Blockadehaltung der Grünen. Bayerns Ressortchefin Michaela Kaniber und der wahlkämpfende Stuttgarter Amtskollege Hauk warfen Vogel vor, er habe „die Förderung der Agrar-Großbetriebe“ zum Ziel und stehe damit im Widerspruch zu Äußerungen von Grünen-Politikern auf Bundesebene. „Wo Grüne in der Regierung sitzen, spielen bäuerliche Familienbetriebe und kleine Strukturen plötzlich keine besondere Rolle mehr“, vermutete CSU-Ministerin Kaniber in Anspielung auf die zu Tage getretenen Interessenunterschiede zwischen Ost- und West-Grünen.

Inzwischen hat die Auseinandersetzung zwischen Grünen und dem Rest der Agrarwelt zu einem historisch anmutenden Schulterchluss von CSU über CDU, SPD bis zu FDP und der Linken geführt. Unter dem Motto „getrennt marschieren, vereint schlagen“ haben sich dabei so unterschiedliche Charaktere wie Bayerns Kaniber und Thüringens Hoff, Mecklenburg-Vorpommerns Backhaus und Baden-Württembergs Hauk, Nordrhein-Westfalens Heinen-Esser und der Pfälzer Wissing, der Saarländer Jost und die Niedersächsin Otte-Kinast zusammengetan und gemeinsame Positionen zur GAP-

Umsetzung formuliert. Zurückhaltende Ausstattung der Eco-Schemes, maximal 10 % Umschichtung in die 2. Säule, Verzicht auf Degression, gekoppelte Weidetierprämie und eine Verständigung auf eine Neuverteilung der ELER-Mittel lauten einige Stichpunkte. Neben erwartbarer Entrüstung aus grünen Reihen zeigte sich auch SPD-Umweltstaatssekretär Flasbarth ziemlich ungehalten. Backhaus wies seinen Parteifreund zurecht und warf ihm vor, zwar viel von Maximalforderungen, aber wenig von Kompromissfindung zu verstehen. Zeit, dass sich in der SPD was dreht!

2013 wurde der erbitterte Streit um Geld und gute Worte im Übrigen wenige Monate und eine Bundestagswahl später in einer Sonderagrarministerkonferenz in München beigelegt. Den Weg dazu hatten neben abgekühlten Wahlkampfgeütern die Staatssekretäre der Länder in mühevoller Kleinarbeit nach dem Motto „Geb ich dir, nimm ich mir“ geebnet. Auch diesmal wurde den Staatssekretären der Handlungsauftrag erteilt. Bestandteile eines möglichen Kompromisses dürften letztlich etwas mehr Umschichtung, höhere Zuschläge für mehr erste Hektare und ein verkleinertes Oststück vom ELER-Kuchen sein. Gepaart mit einer moderaten Grundanforderung an die Basisprämie und eine überschaubare Zahl von Ökoregelungen in der 1. Säule könnte ein Paket geschnürt werden, mit dem die unterschiedlichen Farben einschließlich der Grünen dann doch noch erhobenen Hauptes vor ihre Anhängerschaft treten könnten – diesmal allerdings noch vor der Bundestagswahl, weil sonst der Brüsseler Zeitplan nicht zu halten wäre. Auch das wäre ein Zeichen von dringend nötiger Konstanz in diesen Zeiten. Wenn dann auch noch Till Backhaus Landwirtschaftsminister bliebe ...

■ Rainer Münch